



Hat sich in den Vorgang um den Stuttgarter Millionenbetrug eingeklinkt: Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut. Foto: dpa 24.11.2017

Wohnbau-Millionenbetrug: Ministerin prüft Versäumnisse der Aufsicht

Stuttgart. Im mutmaßlichen Millionenbetrug um die Stuttgarter Wohnungsgenossenschaft Eventus rückt der Prüfverband in den Fokus der Behörden. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) lässt mögliche Versäumnisse der Prüfer untersuchen. Es werde geprüft, ob der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (vbw) seine Aufgaben bei der Eventus ordnungsgemäß erfüllt habe, sagte eine Sprecherin am Freitag.

Um Ihnen eine optimale Nutzererfahrung zu bieten, verwendet diese Website Cookies. Durch die Nutzung dieser Website stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#) [Ok](#)

auf Vorwürfe der Geschädigten, die nach der Insolvenz Kritik an der Aufsicht üben. Weil diese zu spät und nicht konsequent genug auf Missstände reagiert habe, hätten sie viel Geld verloren. Der Prüfungsverband vbw wies die Vorwürfe zurück. „Wir haben ordnungsgemäß und nach den gesetzlichen Regeln geprüft.“ Der Sachverhalt liege dem Wirtschaftsministerium vor, dem als Aufsichtsbehörde alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen der berufsrechtlichen Vergaben zulässig seien.

Gegen den Eventus-Gründer laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf einen Betrug in Millionenhöhe. Er sitzt in Untersuchungshaft. Mehreren hundert Anlegern droht der Verlust ihrer Einlagen. Sie sollen nach Angaben einer Interessensgemeinschaft mehr als zehn Millionen Euro in das Unternehmen investiert haben. Das Geld sollte demnach in die Sanierung, den Handel und die Vermietung von Wohnimmobilien fließen. Seit 2012 wurde Geld bei Anlegern eingesammelt.

Die Genossenschaft meldete im September Insolvenz beim Amtsgericht Stuttgart an. Den Anlegern könne man im Augenblick wenig Hoffnung machen, dass sie ihr Geld jemals wiedersehen, hatte der vorläufige Insolvenzverwalter Tibor Braun Anfang November erklärt.

Das Wirtschaftsministerium übt eigenen Angaben zufolge keine Aufsicht über einzelne Genossenschaften und keine berufsrechtliche Aufsicht über den Verband als Wirtschaftsprüfer aus. Der Verband stehe jedoch unter Staatsaufsicht. Das bedeutet, es wird geschaut, ob Pflichtaufgaben erfüllt werden.

^ nach oben

Um Ihnen eine optimale Nutzererfahrung zu bieten, verwendet diese Website Cookies. Durch die Nutzung dieser Website stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

[Ok](#)